

wurde der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu einer dringenden Aufgabe für das deutsche Volk. In Übereinstimmung mit den Forderungen der Regierung der DDR unterbreitete die Sowjetunion, die seit 1946 wiederholt den Abschluß eines Friedensvertrages vorgeschlagen hatte, im März 1952 den Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Volkskammer der DDR appellierte an die westdeutschen Bundestagsabgeordneten, diesem den Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Vorschlag zuzustimmen.

Gegen den Widerstand der KPD, breiter Kreise der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Jugend und der Frauen, der Intelligenz und selbst verständigungsbereiter Politiker des Bürgertums lehnte die Führungsgruppe der westdeutschen CDU/CSU um Adenauer im Interesse der reaktionärsten und aggressivsten Kreise der imperialistischen Bourgeoisie alle Verständigungsvorschläge der DDR ab. Sie verhinderte gesamtdeutsche freie Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die imperialistische Großbourgeoisie fürchtete die offene demokratische Auseinandersetzung; sie wollte erst ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen in Westdeutschland wieder stärken. „Im internationalen Rahmen ging es den westlichen Besatzungsmächten und der Adenauerregierung darum, die Durchführung der Grundsätze der Antihitlerkoalition und des Potsdamer Abkommens zu verhindern, ihre Revanchepolitik zu legalisieren und damit auch den Prinzipien der Vereinten Nationen, der Ächtung der Aggression entgegenzuwirken. Im Innern ging es den reaktionären Kräften in Westdeutschland darum, die Bevölkerung der Revanchepolitik und Remilitarisierung unterzuordnen und sie zu künftigem atomarem Kanonenfutter vorzubereiten.“ (Walter Ulbricht)

Der Kurs der Imperialisten und Militaristen zur Festigung ihrer Macht und zur Vorbereitung eines neuen Revanchekrieges stieß auf den Widerstand bedeutender Teile der Arbeiterklasse und der anderen Bevölkerungsschichten in Westdeutschland, der durch das Beispiel der DDR, durch ihre Politik des Friedens und der nationalen Verständigung gefördert wurde. Die Bewegung „Ohne uns“, die Streikkämpfe der hessischen Metallarbeiter und der Hamburger Hafendarbeiter im Herbst 1951, die Bewegung der Hafen- und Transportarbeiter gegen die Verladung von Kriegsmaterial, der Kampf der Jugend (Helgoland-Bewegung 1951; Jugendkarawane im Mai 1952 nach Essen, bei der der Jungkommunist Philipp Müller von der Polizei ermordet wurde) die Aktionen von Bauern gegen die Beschlagnahme ihrer Ländereien für die Kriegsvorbereitung, das Eintreten von Angehörigen der Intelligenz für die